



An die
Schweizer Delegation im Oberrheinrat

Liestal, 27. Oktober 2014

Resolutionen des Oberrheinrats vom 23. Juni 2014

Sehr geehrte Damen und Herren,

Der Oberrheinrat hat an seiner Plenarsitzung vom 23. Juni 2014 Resolutionen zur Bilingualität, zur Jugendarbeit im Bereich des Gedenkens an die Weltkriege sowie zur Europäischen Krankenversicherungskarte verabschiedet. Im Folgenden übermittle ich Ihnen die gemeinsamen Antworten bzw. Stellungnahmen der Nordwestschweizer Kantone.

Bilingualität in Grundschulen

Die Nordwestschweizer Regierungskonferenz nimmt die Resolution des Oberrheinrats zum Thema "Bilingualität in Grundschulen" zur Kenntnis und bekräftigt Ihren Willen zur Förderung der Mehrsprachigkeit am Oberrhein. Aus Sicht der Nordwestschweizer Regierungskonferenz stellt die "Oberrhein-Charta zur Förderung der Mehrsprachigkeit" ein wichtiges Grundlagendokument für die Bedeutung der funktionalen Mehrsprachigkeit am Oberrhein dar. Sie begrüsst insbesondere die dort formulierte Massnahme des altersstufengerechten Lernens der Sprache des Nachbarn sowie die der Förderung zweisprachiger Projekte in der Grundschule ausdrücklich.

Eines der expliziten Ziele der Nordwestschweizer Kantone ist es, den Erwerb der funktionalen Mehrsprachigkeit in der Schweiz und am Oberrhein zu fördern und die Öffentlichkeit für Chancen und Nutzen grenzüberschreitender Ausbildung und Mobilität zu sensibilisieren. Die Arbeitsgruppe "Erziehung und Bildung" der Oberrheinkonferenz spielt hierfür eine wichtige Rolle: Sie strebt fortwährend eine Optimierung der konzertierten Förderung der Mehrsprachigkeit am Oberrhein an und realisiert entsprechende Projekte. Insbesondere der Expertenausschuss "Echanges" beschäftigt sich mit konkreten Austauschaktivitäten und der damit verbundenen Förderung des Lernens der Nachbarsprache.

Mit der Vorverlegung des Fremdsprachenunterrichts in die Primarschule können bilinguale Projekte auch auf Primarschulstufe realisiert werden. In verschiedenen Kantonen werden zweisprachige Materialien für den Sachfachunterricht ausgearbeitet, welche interessierten Lehrpersonen den Einstieg ins bilinguale Unterrichten erleichtern sollen. Insofern sind aus Nordwestschweizer Sicht auch Aktivitäten anderer Regionen am Oberrhein, welche die Bilingualität fördern, durchwegs zu begrüssen.

Jugendarbeit im Bereich des Gedenkens an die Weltkriege

Die Nordwestschweizer Regierungskonferenz begrüsst den Vorschlag, die Bildungs- und Gedenkarbeit für Jugendliche und Lehrpersonen weiter zu verstärken. Gedenken ist wichtiger Bestandteil eines verantwortungsbewussten Umgangs mit der Zeitgeschichte und die Basis für die Entwicklung einer friedlichen Kultur des Miteinanders. Dieses Gedenken ist sowohl Ausdruck der Trauer als auch Mahnung zu Versöhnung, Verständigung und Frieden. Die Erinnerung an die beiden Weltkriege ist inzwischen Bestandteil eines friedlichen Selbstverständnisses Europas.

Mit Blick auf das 100. Gedenken an den Ersten Weltkrieg (1914-1918), setzen Geschichtsdidaktikerinnen und Geschichtsdidaktiker der Universität Eichstätt-Ingolstadt und der Pädagogischen Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz (PH FHNW) derzeit ein Forschungsvorhaben um. In diesem Projekt wird empirisch untersucht, inwiefern kompetenzorientierter Geschichtsunterricht, der sich auch auf Geschichtskultur bezieht, europäische Identitätsbildungsprozesse befördern kann und welche Rolle dabei der internationale Vergleich und Austausch spielt. Ein multimediales kompetenzorientiertes und den Umgang mit Geschichtskultur einbeziehendes Schulbuch, das am Lehrstuhl für Geschichtsdidaktik in Eichstätt-Ingolstadt konzipiert wurde, liegt dem Projekt zugrunde. In diesem Zusammenhang kann aus Schweizer Sicht ferner die grenzüberschreitende Ausstellungsreihe des trinationalen Netzwerks oberrheinischer Museen sowie die Eröffnung des Bunkerpfads "Km Zéro" am Süden der Westfront 1914-1918 im August 2014 bei Pfetterhausen im Département Haut-Rhin erwähnt werden, die mit Unterstützung durch die Nordwestschweizer Kantone zustande gekommen sind.

Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) hat dieses Jahr zudem einen Wettbewerb für nachobligatorische Schulen (beispielsweise Berufsschulen, Kantonsschulen/Gymnasien, Fachmittelschulen) lanciert, um mit Schülerinnen und Schülern in einen Dialog zu Themen wie Konfliktprävention, Friedenaufbau, Abrüstung und Achtung des humanitären Völkerrechts zu treten. Ziel des Wettbewerbs ist es, die Jugend zu sensibilisieren, zum Nachdenken anzuregen und für einen fruchtbaren Austausch zu gewinnen.

Europäische Krankenversicherungskarte

Die Resolution des Oberrheinrats zum Thema "Europäische Krankenversicherungskarte" betrifft in erster Linie die deutsch-französische Regelung.

Jede Person, die in der Schweiz krankenversichert ist, bekommt seit 2010 eine Versichertenkarte von ihrem Krankenversicherer zugestellt. In einem Begleitschreiben muss der Versicherer auf verständliche Art erklären, welche Rechte und Pflichten mit ihr verbunden sind. Auf der Rückseite der Versichertenkarte können die Krankenversicherer die Daten der EU-Krankenversicherungskarte aufdrucken, welche bereits heute in vielen Fällen auf der Rückseite des Krankenversicherungsausweises zu finden ist. Diese Regelung ist aber freiwillig.

Der Präsident der Oberrheinkonferenz hat die Arbeitsgruppe Gesundheitspolitik beauftragt, sich den mit der Krankenversicherungskarte verbundenen Fragestellungen anzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Nordwestschweizer Regierungskonferenz

Elisabeth Baume-Schneider, Regierungsrätin JU
Konferenzpräsidentin